

Das Stupamöör beschließen:

Der Aste verpflichtet in der kommenden Woche den Astenauftrag und informiert die Studenten über die bisherige Zustimmung durch Asten der BRD.

i. A.d. Fraktion des MSB

Michige Ullrich

Parlamentarische Lenk macht darauf
aufmerksam, daß der Fachschaftsrat
Flöts eine Herausgabe der gesammelten
Studienverschäfte an der THD binnen
6-8 Wochen für durchaus möglich
hält. Anlage 3

gesicherten Mutterboden
entzogen. — ~~unsere~~ die
hier ~~zu~~ vorhandenen Jusos
• unseren geliebten Reinhold
Schneider, der doch allzuschön
sichtbar im Juno Kartan-
tragend Liste und Café-
Photo der SHV verziert
• ist. ~~Ich~~ ~~mache~~ ~~mich~~ Ich
weiß gar nicht, bei wem ich
mich da eventuell bedanken
sollte, und unterlasse es
sowieso.

STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

- Parlamentspräsidium -

br.

29.6.1978

E I N L A D U N G

zur Sitzung des Studentenparlaments am 6. Juli 1978 um 17.00 Uhr im
Raum 11/283 - Wilhelm Köhler Saal.

Zunächst möchte ich alle neuen StuPa-Mitglieder herzlich in unserer
Mitte willkommen heißen.

- Zur Tagesordnung:
- 0. Formalia
 - a. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
 - b. Beschluß über die Tagesordnung
 - 1. Wahl des Präsidiums und des Ältestenrats
 - 2. Bericht AStA
 - 3. Hochschulgesetz
 - 4. Finanzanträge
 - 5. Anträge
 - 6. Bericht - LAK (Landesastenkonzferenz)
 - 7. Verschiedenes

gez. Dieter Meisel
(Parlamentspräsident)

Protokoll der Sitzung im Studentenparlament der THD vom 6.7.78

Anwesend: Kollatz, Horst, Klär, Bohlen, Spille, Pfeiffer, Ferkinghoff, Senger, Heyer, Heinz, Freytag, Hartung

Müller, Leser, Macheledt, Hahn, Posern, Happel, Voorgang

Grießmann

Meisel, Bettermann, Trach, Raimann, Aldinger, Melbaum, Reis, Flöter
Willnecker

Urban, Hauck, Warnke, Asmus, Braun, Etscheid, Frühwacht, Fuld

Daniel

Ullrich

(S.v. Hopfgarten)

Tagesordnung: O. Formalia

- a. Namentliche Vorstellung der Parlamentsmitglieder
- b. Genehmigung des Protokolls
- c. Beschluß über die Tagesordnung

1. Wahl des Präsidiums und des Ältestenrates
2. Bericht AStA
3. Hochschulgesetz
4. Finanzanträge
5. Anträge
6. Bericht - LAK (Landesastenkonzferenz)
7. Verschiedenes

zu O.:

b.) Schriftlicher Einwand des Parlamentarier H. Hauck: s. Anhang Nr. 1
Protokoll wurde mit 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

c.) statt einer Änderung der TO wurden einige Anträge vorab behandelt.
-dringlichkeitsantrag "fußballspiel": bei einer Ja-Stimme mehr-

heitlich abgelehnt!

-Das Studentenparlament soll ein "Statement" zum Abschneiden des
RCDS bei den Wahlen abgeben: bei mehreren Enthaltungen und einer
Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt!

- "Parlamentsschädigendes Verhalten der SHI": 8Ja, 4Enth., mehrheitlich
abgelehnt.

-Antrag auf Abhaltung der parlamentssitzungen im wilhelm-köhler-
Saal: bei einer Ja-Stimme, 4Enth. mehrheitlich abgelehnt.

Somit wurden alle vorgezogenen Anträge abgelehnt!

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form angenommen!

zu 1.: Antrag des RCDS auf besetzung des Präsidiums nach der Stärke
der Fraktionen.

Ein GO - Antrag auf Nichtbefassung (JHG) wurde mehrheitlich angenommen: 19 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltung.

- es kamen folgende Vorschläge zum Parlamentspräsidium:
Dieter Meisel,
Wilfried Griebmann.

Es folgte ein GO-Antrag von Hauk (RCDS): Verlegung des TOP 1 (Wahl des Präsidiums) an den schluß der Tagesordnung (TOP 7)
- mit 3 Ja und 5 Enth. mehrheitlich abgelehnt.

1. Wahlgang zum Parlamentspräsidium:

Meisel: 21 Stimmen
Griebmann: 2 Stimmen
Enth.: 9 Stimmen
Ungültig: 4 Stimmen

Bei 36 ausgegebenen Stimmzetteln wurde Dieter Meisel im 1. Wahlgang gewählt!

Wahl des Vize - Präsidenten:

	1. Wahlgang	2. Wahlgang	3. Wahlgang	Stimmen
Leser	15	14	14	
Horst, Klaus	20	19	21	Stimmen
Griebmann	1	--	--	Stimmen
ungültig	1	2	2	Stimmen
Enthaltungen	1	1	0	Stimmen
ausgegeben:	38	36	37	Stimmen

damit wurde Klaus Horst im 3. Wahlgang gewählt!

1. Wahlgang der Schriftführer:

Hauk 14
Willnecker 22
Uschi Klär 21
Griebmann 3

abgegebene Stimmzettel: 38

Damit wurde Juergen Willnecker zum 1. Schriftführer und Uschi Klär zum 2. Schriftführer gewählt!

Wahl des Ältestenrates:

fizmann 28 Stimmen
v. Hopfgarten 30 Stimmen
Schneider 5 Stimmen
Höhner 33 Stimmen

keine ungültigen Stimmen bzw. Enthaltungen.

Damit besteht der neue Ältestenrat aus folgenden Mitgliedern:
Fizmann - v. Hopfgarten - Höhner !

Es folgte ein GO - Antrag auf 5 Minuten Sitzungsunterbrechung: Angenommen

Im anhang folgt eine hier abgegebene Persönliche Erklärung von Wilfried Griebmann bezüglich des Kandidaten Höhner. *s. Anhang Nr. 2.*

zu 2.: bericht des Asta:

- ASTA hat kommissarischen Ältestenrat beantragt bis 20.7.78

- es werden die juristischen Auswirkungen des HHG vom Juni 78 geprüft.

- zum Bafög:-es gibt jetzt einen Leistungsnachweis nach dem 6.Sem.!
-jährliche Anpassung der Bafög-Beträge.
- Die Studienreformkommissionen haben begonnen zu tagen, es können Ergebnisse rückwirkend beschlossen werden!
- zum Häuserabriß in der Pallaswiesenstr.: der ASTA hat eine Presseerklärung herausgegeben, die wie so oft nicht abgedruckt wurde.
- Es gibt ein Fußballspiel ASTA-Hochschullehrer.
- es gibt eine Forderung vom Kanzler über DM 8000.- wegen Schäden beim Hochschulfest (Verschmutzung der alten Teppiche usw.)

zu 3.: wegen des neuen Hochschulgesetzes müssen Satzungen, Geschäftsordnungen usw. geändert werden, über die auf der nächsten Sitzung diskutiert werden soll. Bis auf weiteres gelten die alten Regelungen.

zu 4.: a) Antrag des griech. Studentenvereins: bei Nein-Stimmen und Enthaltungen abgelehnt!

b) Antrag von Klaus Reimann: (mit gl. Text, aber Unterstützung DM 500.-) mit folgendem Deckungsvorschlag:

- 100.- Info-Referat
- 100.- Fachschaftsreferat
- 100.- Hochschulreferat
- 100.- Sozialreferat
- 100.- Ausländerreferat

mit 15 Ja - 12 Nein und 5 Enthaltungen abgelehnt!

c) Antrag von Dieter Bettermann: Unterstützung von DM 250.- als Deckungsvorschlag: DM 250 aus dem Ausländerreferat.

Nach einem GO-Antrag auf sofortige Abstimmung (der angenommen wurde), wurde Antrag unter c) angenommen! s. Anhang Nr. 3

d) "Buchungsmaschine": bei 4 Enthaltungen und keiner Gegenstimme mehrheitlich angenommen! s. Anhang Nr. 4

es folgte eine Erklärung der UDS (Siehe Anhang Nr. 5)

Antrag der UDS: (bezüglich von Veröffentlichungen des RCDS, die nicht eindeutig als solche zu erkennen waren). Nach der Verlesung:

GO - Antrag des RCDS: "der RCDS hat nie Veröffentlichungen herausgegeben, die nicht eindeutig als solche des RCDS gekennzeichnet waren" (Urban, RCDS). Abstimmung: 5 Ja, 1 Enth. 30 nein. - Somit wird der UDS-Antrag befaßt!

Nach einer Diskussion wurde ein 2. Antrag von Urban eingebracht mit der Erweiterung "...alle hochschulpol. Gruppen". Abstimmung:

Antrag von Bernd Müller: 27 Stimmen
Antrag von Urban (RCDS): 4 Stimmen.

Damit wurde der Antrag der UDS angenommen! s. Anhang Nr. 6.

2. Antrag der UDS: zurückgezogen.

3. Antrag der UDS: bei 4 Enth. mehrheitlich angenommen. s. Anhang Nr. 7

4. Antrag der UDS: (Sitzungstermine des STUPA). Hierzu gab es einen zweiten Antrag von D. Bettermann (BG), die alternativ abgestimmt wurden:

UDS: 6 Ja

BG: 15 Ja, Rest Enth., Damit ist der Antrag von D. Bettermann angenommen worden!

Anträge der Basisgruppen:

- "Sanierungspolitik": mit 17 Ja, 1 Nein und 9 Enth. mehrheitlich angenommen! s. Anhang Nr. 2.

Bafög - Anträge:

- Änderungsantrag des MSB (690.- gegen 1400.-) mit 3 Ja, 11 Nein und 13 Enthaltungen abgelehnt!

Zusatzantrag von Bernt Müller: "die Bestimmung mit den 32 Jahren ist gegen den 2. Bildungsweg gerichtet."

-wird vom Antragsteller übernommen!

Zusatzantrag von Bernd Müller: "Bafög-Erhöhen durch Erhöhung des Darlehnsanteils wird abgelehnt." -wird vom Antragsteller übernommen!

Zusatzantrag von Bernd Müller: zu Kultusminister Krollmann :Angenommen!

Hauptantrag der JHG zum Bafög: bei 3 Enthaltungen ohne Gegenstimme angenommen! *s. Anhang Nr. 9.*

Basisgruppenantrag zur NPD:

zunächst ein GO-Antrag von Berthold Braun (RCDS) auf Nichtbefassung, "da er das allgemein-pol.Mandat beinhaltet": mit 11 Ja und 20 nein Abgelehnt!

GO-Antrag (Urban, RCDS): auf sofortige Abstimmung: Abgelehnt!

Antrag von Heinz (JHG): mit Ergänzungen zum NPD-Antrag: mit 17 ja, 2 nein und 6 Enth. Angenommen! *s. Anhang Nr. 10*

Antrag des MSB: "Vollversammlung", mit 17 Ja, 2 nein, 6 Enth. angenommen! *s. Anhang Nr. 11.*

Antrag der UDS: (zur Geschäftsordnung)

- zu §4(1) : mit nur 9 Ja-Stimmen abgelehnt!

- zu §4(2) : wurde zurückgezogen !

Antrag 3 der Basisgruppen: (zu den "Patenschaften") mit 21 Ja, 8 nein und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen ! *s. Anhang Nr. 12*

Antrag der JHG (zu Rudolf Bahro):

Reaktion von Berthold Braun mit GO-Antrag auf Nichtbefassung wegen Wahrnehmung des allgemeinpolitischen-Mandats: mit 11 Ja und 19 nein -Abgelehnt ! -

Go-Antrag auf sofortige Abstimmung: 9 Ja, 12 nein, also: abgelehnt!

2.GO-Antrag auf sofortige Abstimmung: 17 Ja, 3 nein und 2 Enthaltungen. angenommen!

Zusatzantrag: (Streichung der letzten beiden Spiegelstriche)

-abgelehnt!-

für den Antrag mit allen Zusatzanträgen: 15 Ja, 5 nein, 6 Enthaltungen -angenommen!- *s. Anhang Nr. 13*

Anhang Nr. 1.

H. Hauck, RCDS

Ich bin ja fast umgefallen, als ich das vom Parlamentspräsidium Herausgegebene StuPa-Info Nr. 4 gelesen habe. Ich fand meinen Namen in folgendem Zusammenhang:

"In Bezug 1 abgelehnt."

Aus dem Protokoll ergibt sich: "Nach einer Erläuterung2... rechtmäßig." hingegen ist:

- Ich habe niemals die Relegation als rechtmäßig gewertet. Ich habe mich lediglich dagegen ausgesprochen, daß der MSB (in bekannter Manier übrigens) objektive falsche Sachbehauptungen aufstellt.
- Demzufolge habe ich nie einen Antrag des zitierten Inhalts gestellt. Ich weiß nicht woher der Flugblattschreiber diese Information hat. Offensichtlich hat er sich nicht einmal das Protokoll richtig durchgelesen, bevor er die Studentenschaft "informierte".

Ich wehre mich gegen diese billigen Methoden, unter einem offiziell aussehenden Flugblattkopf in der Studentenschaft eine Hetze gegen den RCDS zu veranstalten.

gez. Helmut Hauck

1. = Stupa-Info Nr. 4 6. Zeile von unten auf der ersten Seite

2. = Protokoll vom 23.5.78 8. Zeile von unten

Anhang Nr. 2.

Grießmann, SHI

Ich verlasse die 1. Sitzung des neugewählten StuPa im Sommersemester 1978 unter Protest. Ich moniere das mir unglaublich erscheinende Verhalten der sich sozialistisch dünkenden Juso-Hochschulgruppe, der ein den Burschenschaften, dem UDS und dem RCDS nahestehender Kandidat der es nach eigenem Bekunden niemals nötig hatte, in studentischen Gremien mitzuarbeiten und dessen Fraktionen stets die Verfaßte Studentenschaft zu sabotieren suchten, gegenüber einem Kandidaten genehmer erscheint, der sich langjährig in der Studentenbewegung verdient gemacht und in vielen Gremien tätig war, der aber mittlerweile dem MSB angehört - immerhin noch einer Gruppe mit sozialistischem Anspruch. Ich sehe keinen Sinn in einer Zusammenarbeit mit einer sich "sozialistisch" nennenden Gruppe, denen unverholene Reaktionäre lieber sind als Genossen, an derer Fraktionen scheinbar geht, die Solidarität

bis hin zu Filbinger - Sympathisanten und erweist sich als unsolidarisch gegenüber von Sozialisten, die nicht zum eigenen Verein gehören.

Ich werde meine weitere "Mitarbeit" im Parlament vornehmlich zur Kritik dieser Pervertiertheit nutzen.

gez. Grießmann, SHI

Anhang Nr. 3.

Das StuPa möge beschließen:

Dem Griechischen Studentenverein Darmstadt wird eine einmale Unterstützung in Höhe von 250,-- DM aus dem Haushaltstitel "Ausländerreferat" gewährt.

Anhang Nr. 4.

Das Stupa möge beschließen:

Der AStA wird beauftragt eine neue (gebrauchte) Buchungsmaschine anzuschaffen. Der Kaufpreis soll nicht

DM 12000,-

überschreiten.

Anhang Nr. 5.

Erklärung der UDS: Wir sind nicht damit einverstanden, daß Gelder der Studentenschaft zweckentfremdet verwendet werden. Zumal wird das Geld dort entzogen, wo tatsächlich Leistungen für die Studentenschaft durchgeführt werden.

Anhang Nr. 6.

Das Studentenparlament fordert den RCDS auf, nur noch Veröffentlichungen zu bringen, die eindeutig als Herausgeber den RCDS erkennen lassen.

Anhang Nr. 7.

Das Studentenparlament bekräftigt nochmals die Notwendigkeit zur Beibehaltung der Verfaßten Studentenschaft.

Das Studentenparlament der THD verurteilt die als Sanierungspolitik getarnte Zerstörung der Wohnsituation in einzelnen Darmstädter Stadtteilen durch die Stadt Darmstadt.

Das Studentenparlament möge beschließen:

1. Das Studentenparlament der TH nimmt zu den Bafög-Änderungsplänen wie folgt Stellung:

- das Stu-Pa lehnt die zum wiederholten Male angekündigte Verschleppung der Anpassung entschieden ab. Durch verspätete Anpassung werden gerade Arbeiter- und Arbeitnehmerkinder getroffen, die zur Finanzierung des Studiums dringend auf die Bafög-Förderung angewiesen sind.
- das Stupa lehnt die Anpassung der Bafögförderungshöchstdauer an die Regelstudienzeit ab und sieht in dieser Maßnahme die Einführung einer sozialen Studiendauerbegrenzung.
- das Stu - Pa lehnt die im Referentenentwurf vorgeschlagene Senkung der Altersgrenze auf 32 Jahre ab. Weiterbildung und Zusatzqualifikation werden damit wieder vom Geldbeutel und nicht von den Fähigkeiten abhängig
- diese Einschränkung der Weiterbildung stellt damit für jene die über den 2. Bildungsweg sich weiterbilden eine schwere Benachteiligung dar.
- das Stu - Pa sieht insbesondere in der zusätzlichen Leistungskontrolle für Bafög - Empfänger, die nach dem 6. Semester geplant ist, eine Verschärfung und zusätzliche Selektion, die nicht hinzunehmen ist

2. Das Studentenparlament bekräftigt die Forderung nach

- DM 700 Höchstförderungssatz
- DM 1500 Elternfreibetrag
- Streichung des Darlehensanteils
- Entbürokratisierung des Vergabeverfahrens
- keine Disziplinierung durch Bafög, u.a. Streichung des § 20(2)

Es fordert den AStA auf, diese Forderungen nach außen zu vertreten.

3. Das Studentenparlament stellt fest:

Durch den Anpassungsentwurf wird deutlich, daß Bafög mehr und mehr als flankierendes Instrument zur Selektion und Unterdrückung durch das HRG umfunktioniert wird.

Hier geht es nicht darum, daß kein Geld da ist (die Bafög-Haushaltstitel werden selten ausgeschöpft, im letzten Jahr blieben 150 Mio übrig), sondern darum, durch finanzielle Austrocknung und Sparpolitik Schüler zur Nichtaufnahme und Studenten zur unkritischen Anpassung an den Lehrbetrieb zu zwingen.

Das Stu - Pa fordert eine umfassende soziale Absicherung der Studenten, um damit eine Voraussetzung für ein materiell abgesichertes, qualifiziertes Studium zu schaffen.

Das Studentenparlament lehnt eine Erhöhung des BAFÖG-Satzes durch Erhöhung des Darlehensanteils ab.

4. Das Studentenparlament stellt fest, daß die durch Kultusminister Krollmann in der Informationsveranstaltung in der THD zugesicherte Anhebung des BAFÖG als Voraussetzung der Landeshochschulgesetze, nicht stattgefunden hat.

Anhang Nr. 10.

2.) Das Studentenparlament der THD verurteilt den Gerichtsbeschluss eines Frankfurter Gerichts, das der neonazistischen NPD Raum und Gelegenheit gegeben hat, ihr nun langsam wieder traditionell werdendes "Deutschlandtreffen" am 17. Juni auszuführen.

Die Studentenschaft der THD tritt entschieden gegen neofaschistische Tendenzen auf, die sich mittlerweile immer mehr in terroristischen Gruppen formieren.

Die Studentenschaft verurteilt ebenso sehr den Einsatz der Polizei gegen Demonstranten einer Gegendemonstration zur NPD-Veranstaltung am 17. Juni dieses Jahres auf dem Frankfurter Römer.

Die Studentenschaft der THD tritt entschieden der Verleumdung des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR entgegen, indem sich die NPD als Fürsprecher dieses Aufstandes zu profilieren suchte, wozu diese Demonstration dienen sollte.

Wir verteidigen diesen Aufstand am 17. Juni 1973 gegen SED und bürgerliche Reaktion, als von der Arbeiterschaft und Jugendlichen getragenen Kampf für Sozialismus in Freiheit in ganz Deutschland.

Anhang Nr. 11.

Der AStA führt Anfang November eine Gesamt VV durch. Die Fachschaften werden aufgefordert vorher entsprechende FB-VV durchzuführen.

Anhang Nr. 12.

3. Die Studentenschaft der THD solidarisiert sich mit den vom bawü Hochschulgesetz betroffenen Studentenschaften, die durch das Gesetz in ihren Selbstverwaltungsmöglichkeiten noch stärker als ohnehin derart beschränkt wurden, daß sie zu bloßen Anhängseln der Kultus- und Staatsbürokratie geworden sind.

Bemühungen der Studenten, eigenständige Studentenvertretungen in Form der USten aufzubauen, haben sich vielerorts als nötig und brauchbar erwiesen.

Diese staatsunabhängigen Studentenschaften stehen - anders als die bisherigen Modelle - in vielerlei Hinsicht materiell völlig unabhängig da. Aus diesem Grund hat das ZAK+LSI (das ist die LAK in BaWü) die übrigen Studentenschaften aufgefordert, materielle Unterstützung zu gewähren. Die VDS unterstützt ebenfalls solche Maßnahmen der Gegenseitigen Hilfe, die als "Partnerschaftsmodell" bezeichnet werden.

Eine solche Partnerschaft besagt, daß Studentenschaften einer oder mehrerer Hochschulen sich eine bawü Hochschule aussuchen und diese materiell unterstützen.

Bisherige Rücksprachen mit dem ZAK+LSI haben als möglichen Partner der Studentenschaft der THD die Studentenschaft der technischen FH Ulm ergeben.

Das Stupa beschließt die prinzipielle Beteiligung an einer solchen Partnerschaft.

Der AStA wird beauftragt, Verhandlungen mit den gewählten Vertretern des UStA TFH Ulm aufzunehmen und eine Grundlage für eine baldige Entscheidung herbeizuführen.

Das StuPa möge beschließen:

Das Studentenparlament der TH Darmstadt verurteilt die achtjährige Haftstrafe, die über Rudolf Bahro verhängt wurde. Das Urteil zeigt, daß die SED und ihr Staat eine offene politische Diskussion als Gefährdung ihrer Macht ansehen und daher Regimegegner durch Haftstrafen, Verbannung und Ausweisung mundtot machen muß.

Die Verurteilung Bahros steht exemplarisch für den hoffnungslosen Versuch der SED, die immer breiter werdenden Proteste von Arbeitern und Jugendlichen zu unterdrücken.

Der Fall Bahro hat besondere Bedeutung, weil hier ein engagierter Sozialist die Schwächen der DDR-Bürokratie aufzeigt und die alten Forderungen der Arbeiterbewegung dagegenstellt. Seine Forderung des Sozialismus in Freiheit ist nicht nur für das DDR-System gefährlich, sondern gibt auch eine Antwort auf die Krise des Kapitalismus. Die Veröffentlichung des Bahro-Buches „Die Alternative“ in einem DGB-Verlag wurde vom Gericht als Kontakt mit „feindlichen Kräften“ gewertet. Dies ist eine zusätzliche Verunglimpfung der Arbeiterbewegung.

Deshalb unterstützt das StuPa die folgenden Forderungen :

- SOFORTIGE FREILASSUNG VON RUDOLF BAHRO !
- DAS RECHT AUF FREIE UND UNABHÄNGIGE DISKUSSION IN OST UND WEST:
IN GANZ DEUTSCHLAND !
- DER ASTA WIRD BEAUFTRAGT EIN PROTESTTELEGRAMM AN DIE STÄNDIGE VERTRETUNG UND DAS INNENMINISTERIUM DER DDR ZU SENDEN !
- DIE LANDESASTENKONFERENZ HESSEN WIRD BEAUFTRAGT EINE HESSENWEITE VERANSTALTUNG FÜR DIE FREILASSUNG FÜR RUDOLF BAHRO ZU ORGANISIEREN !
- DIE VDS WIRD AUFGEFORDERT EINE BUNDESWEITE KAMPAGNE ZU ORGANISIEREN UND EINE DELEGATION ZUR STÄNDIGEN VERTRETUNG DER DDR ZU ENTSENDEN !
- DER ASTA DER THD WIRD BEAUFTRAGT MIT DEM DARMSTÄDTER DGB KONTAKT AUFZUNEHMEN ZUR ORGANISIERUNG EINER PROTESTVERANSTALTUNG IN DARMSTADT!

ASTEN rufen auf:

Aktionwoche im Wintersemester

Weiter im Kampf gegen das HRG

Auch das Jahr 1978 ist von anhaltenden Versuchen aller Bundestagsparteien gekennzeichnet, das reaktionäre Hochschulrahmengesetz gegen die Interessen der Masse der Hochschulangehörigen durchzusetzen.

Mit der Novellierung weiterer Landeshochschulgesetze sollen nun zehntausende von Erstsemestern gezwungen werden, unter den Bedingungen von Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation in unwissenschaftlichen, dequalifizierenden Kurzstudiengängen ihr Studium zu absolvieren. Was ihnen droht, soll zu Beginn des Wintersemesters an 8000 Kommilitonen in Baden-Württemberg exerziert werden: die massenweise Zwangsexmatrikulation, mit der für die große Zahl der Betroffenen auch der Abbruch des Studiums ohne Abschluß droht.

Die Regelstudienzeit soll mit einer Vielzahl von Hebeln durchgesetzt werden. So dient die von den Herrschenden geplante Überfüllung der Hochschulen mit Überlastquoten von bis zu 25 % bei gleichzeitig anhaltendem Ausbaustopp und finanzieller Austrocknung der Hochschulen dazu, die Hochschulen zu zwingen, Kurzstudiengänge und Zwangsexmatrikulation zu akzeptieren. Durch diese Maßnahmen droht eine neue Verschärfung des Leistungs- und Prüfungsdrucks für alle Studenten.

Immer offener wird auch das BAFÖG in ein Instrument der Durchsetzung der Formierung verwandelt. Statt zum Wintersemester die längst fällige Anhebung der BAFÖG-Sätze auf 700/1400 DM vorzunehmen, soll erneut der unsoziale Darlehensanteil erhöht werden. Mit einem Berg von Schulden im Rücken sollen die BAFÖG-Empfänger zu einem kurzen Studium angetrieben werden. Der Brechung des Widerstandes gegen die Durchsetzung des HRG dienen die massiven Angriffe auf die Organe der Verfaßten Studentenschaft und die Anwendung des Ordnungsrechts gegen aktive Interessenvertreter der Studenten. Das Verbot des politischen Mandats, die Aushöhlung von Satzungs- und Finanzautonomie zielen darauf ab, die Verfaßte Studentenschaft für den Interessenkampf untauglich zu machen, die Studenten von der arbeitenden Bevölkerung zu isolieren und Grundrechte wie das der freien Meinungsäußerung, der freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung außer Kraft zu setzen. Jedes kritische geistige und politische Engagement der Studenten soll mit Ordnungsmaßnahmen bis zur zweijährigen Relegation, d.h. der Aufhebung des Grundrechts auf Ausbildung bestraft werden.

Angesichts dieser skandalösen Angriffe auf die Interessen und Rechte der Studenten, der Versuche, die Hochschulen erneut ins Fahrwasser der REaktion und ihrer gesellschaftspolitischen Ziele zu steuern, rufen die unterzeichnenden ASTen die Studenten der Bundesrepublik auf, im Wintersemester 78/79 durch Massenaktionen im Rahmen einer bundesweiten und -einheitlichen Aktionswoche erneut ihrer prinzipiellen Ablehnung und ihrem unnachgiebigen Widerstand gegen das HRG Ausdruck zu verleihen.

Die Fortsetzung der bundesweiten Bewegung gegen das HRG ist vor allem auch deshalb notwendig, weil mit der Verabschiedung der Landeshochschulgesetze auch heute nicht über die Durchsetzung des HRG an den Hochschulen und Fachbereichen entschieden ist.

Denn die Front der Gegner des HRG ist unübersehbar breiter geworden: durch den Wintersemesterstreik und die Aktionen der Studenten im Sommersemester 78; durch den gewachsenen Protest unter den Hochschullehrern, wie er in den von 1 200 Wissenschaftlern in Niedersachsen, von über 1 500 in NRW und von allein 300 an der Universität Mainz unterschriebenen 'Offenen Briefen' an die Landesregierungen zum Aus-

druck gekommen ist; durch die gewachsene prinzipielle Ablehnung des HRG in den Gewerkschaften, wie sie sich zum Beispiel in der Forderung von DGB, GEW und ÖTV Niedersachsen widerspiegelt, das HRG zu novellieren.

Davon blieb auch die einst so einmütige Koalition der HRG-Verfechter nicht unberührt. Deutlich haben Differenzen, wie das HRG am besten durchzusetzen sei, in ihren Reihen zugenommen. So konnte in NRW, in Hamburg und Bremen ein wichtiger Zeitverschub bei der Einführung der Regelstudienzeit bzw. bei der Anwendung der Zwangsexmatrikulationsbestimmungen erreicht werden. Es haben die Stimmen in den Reihen der SPD und FDP zugenommen, die sich für Zugeständnisse an die Forderungen der Studenten, für eine Novellierung des HRG aussprechen

Jetzt kommt es darauf an, die bundesweite Bewegung gegen das HRG auf allen Ebenen fortzusetzen. Gemeinsam mit den Hochschullehrern, gemeinsam mit den Gewerkschaften müssen die Studenten erneut ihre prinzipielle Ablehnung des HRG und der LHGs demonstrieren. Erneut müssen sie ihrer Forderung nach Neufassung des HRG entsprechend den Forderungen der Studenten, der fortschrittlichen Hochschullehrer und der Gewerkschaften Nachdruck verleihen.

Gleichzeitig kommt es darauf an, die gewachsene Breite der Ablehnung des HRG und die Widersprüche in den Reihen der HRG-Verfechter zu nutzen, um hier und heute durch eine Novellierung des HRG eine Verbesserung der Lage der Studenten zu erreichen und Kampfpositionen zu erlangen, von denen aus der Kampf um weitergehende Forderungen und die schließliche Neufassung des HRG unter günstigeren Bedingungen geführt werden kann.

Deshalb rufen wir auf: Der Durchsetzung des HRG gerade an jedem einzelnen Fachbereich verstärkt und kontinuierlich während des ganzen Semesters entgegenzutreten, mehr Studenten in diese Aktivitäten einzubeziehen, gemeinsam mit Hochschullehrern Beschlüsse und Fakten gegen das HRG zu schaffen; durch eine bundesweite und einheitliche Aktionswoche Ende November / Anfang Dezember, durch machtvolle Demonstrationen in den Bundesländern die Forderungen der Studenten zu bekräftigen.

Für die Neufassung des HRG entsprechend den Forderungen von Studenten fortschrittlichen Hochschullehrern und Gewerkschaften!

Für die Streichung von Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation!

Für die Streichung des Ordnungsrechts!

Für die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungsautonomie und Finanzhoheit!

Für die Anhebung der BAFöG-Sätze auf 700 DM und 1 400 DM. Streichung der Darlehensregelung! Streichung des Anti-Streik-Paragrafen 20,2!

Der Aufruf zur Aktionswoche im WS 78/79 gegen das HRG wird bisher von folgenden ASTEN unterstützt (Stand 18.10.78):

FH Münster, FH Dortmund, Uni Dortmund, PH Bonn, EWH Koblenz, FH Köln, Uni Mannheim, FH Bielefeld, Uni Hohenheim, FH Niederrhein, FH Kiel, GHS Siegen, GHS Essen, PH Bielefeld, Uni Stuttgart, SHfBK Stuttgart, FH Gießen, FH Aachen, HfSS Bremen, SHfBK Braunschweig, GHS Duisburg, FH Sozialwesen Mannheim, FH Lippe-Lemgo, PH Freiburg, Uni Hamburg, FH Ludwigshafen SA/SP, FH Emden, PH Köln, IFK Münster, HfG Bremen, FH Hamburg, ev. FH Darmstadt, GH Wuppertal, MuHo Wuppertal, PH Aachen, Kunstak. Nürnberg, FH Hannover E u. M, FH Hannover K u. P, PH Lüneburg, FH Oldenburg, FH Frankfurt, FH Druck Stuttgart, FH Technik Stuttgart, FH Technik Reutlingen, FH Düsseldorf, Uni Bremen, MuHo Köln, FHT Mannheim, SpoHo Köln, FhG Mannheim, FHG Schwäbisch-Gmünd, MedHo Lübeck, HfN Bremen, HWP Hamburg, HfT Bremen, Uni Osnabrück Abt. Vechta

Datum 30.10.78
Durchwahl 16 2928
Az - III / A 330

Der Präsident
der Technischen Hochschule
Darmstadt



ASTA der TH
z.Hdn. Herrn Meisel

Technische Hochschule Darmstadt

Betr.: Benutzung des Saales Nr. 11/123 am 2.11.78 18.30 Uhr

Bezug: Ihr Schreiben vom 23.10.78

Sehr geehrte r Herr Meisel,

wunschgemäß wird Ihnen der Saal Nr. 11/123 für den s.o.
ab s.o. Uhr zu dem von Ihnen genannten Zweck überlassen. Die Saal-
vergabe erfolgt unter den "Bedingungen für die Vermietung von Sälen
der Technischen Hochschule Darmstadt" (Erlaß des Hessischen Kultus-
ministers vom 25.7.75, Staatsanzeiger 75 Nr. 37, S.1724), die ich
auszugsweise in der Anlage beifüge.

Durch die Inanspruchnahme des Saales werden diese Bedingungen an-
erkannt. Der Saal wird Ihnen kostenfrei überlassen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Anlage:
Auszug aus den
Bedingungen

DER PRÄSIDENT
der TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

Auszug aus den Bedingungen für die Vermietung von Sälen der Technischen Hochschule Darmstadt, Erlaß des Hessischen Kultusministers vom 25.7.75, Staatsanzeiger 75 Nr. 37, S.1724:

§ 1

- 1) Säle der Technischen Hochschule Darmstadt können auf Antrag vor allem zu wissenschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen vermietet werden, ausnahmsweise auch zu politischen Veranstaltungen, soweit die Technische Hochschule in der Lage ist, die Bedienung des Saales zu gewährleisten.
- 2) Ein Rechtsanspruch auf Vermietung von Sälen besteht nicht. Liegen Umstände vor, die erwarten lassen, daß durch die Veranstaltung die Ordnung innerhalb der Hochschule nachhaltig gestört wird oder Hochschuleinrichtungen beschädigt werden, so ist von einer Vermietung abzusehen. Treten solche Umstände nachträglich ein, so ist die Technische Hochschule berechtigt, von dem Vertrag zurückzutreten.
- 3) Der Antrag ist beim Präsidenten der Technischen Hochschule zu stellen, der die Vermietung von einer Sicherheitsleistung abhängig machen kann.

§ 6

- 1) Der Veranstalter verpflichtet sich, für einen geordneten, dem gewählten Ort gemäßen Ablauf der Veranstaltung zu sorgen. Der Saal und die sonstigen dem Veranstalter überlassenen Gegenstände dürfen nur zu dem angegebenen Zweck benutzt werden und sind schonend zu behandeln.
- 2) Der Veranstalter hat für sämtliche Personen- und Sachschäden aufzukommen, die Dritten, insbesondere den Besuchern seiner Veranstaltungen, seinen Beauftragten oder ihm selbst sowie der Technischen Hochschule, dem Land Hessen und deren Bediensteten bei der Benutzung der gemieteten Räume und ihren Zugangswegen entstehen, es sei denn, daß die Schäden auf ein Verschulden des Eigentümers zurückzuführen sind. Der Veranstalter hat auch die Technische Hochschule und das Land Hessen oder einen ihrer Bediensteten von allen Ansprüchen freizustellen, die aus diesem Anlaß gegen sie geltend gemacht werden.

§ 7

- 1) Bei Filmvorführungen müssen die Sicherheitsvorschriften für Lichtbildervorführungen beachtet werden. Insbesondere ist es gemäß § 33 (1) dieser Vorschriften verboten, in den Gängen des Zuschauerraumes Tische, Bänke oder Stühle aufzustellen, ebenso ist das Stehenbleiben der Zuschauer in den Gängen unstatthaft.
- 2) Es dürfen nicht mehr Zuschauer eingelassen werden als fest montierte Plätze vorhanden sind. Für die aus der Nichtbeachtung dieser Vorschrift sich ergebenden Vorkommnisse haftet der Veranstalter.

§ 8

Der Veranstalter ist zur Untervermietung nicht berechtigt.

§ 9

Das Anbringen von Plakaten, die Verteilung von Prospekten, Broschüren oder sonstigen Druckwerken innerhalb der Hochschule bedürfen gesonderter Genehmigung. Unerlaubt angebrachte Plakate werden entfernt. Werbemaßnahmen sind unzulässig.

K 3 - A 448/4 -

Darmstadt, 27. Okt. 1978

An den
Präsidenten des Studentenparlaments THD
Stud. Dieter Meisel

Technische Hochschule Darmstadt

Betr.: Zusammensetzung des Stupa

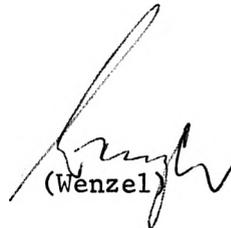
Stud. Reinhold P f e i f f e r
- Stupamitglied Liste I Sitz 18 -
hat sein Mandat niedergelegt.

Gem. § 11(2) vSStTHD rückt für ihn der Bewerber lfd. Nr. 13 der
Vorschlagsliste I

Stud. Michael A s h b r o o k, Matr.-Nr. 188 359,
Telemannstr. 22, 6000 Frankfurt,

nach.

Gem. § 28(2) WOTHD bitte ich, ihn ab sofort in das Studentenparlament
aufzunehmen.


(Wenzel)

Fotokopie z.K.:

Stud. Michael Ashbrook, [REDACTED]

R. Pfeiffer
Kahlestr. 5a
6100 Darmstadt

Darmstadt, den 20.10.78

An das Stupapräsidium

Behr. : Rücktrittsklärung

Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt
aus dem Studentenparlament der THD.

Darmstadt, den 20.10.1978

Pfeiffer Reinhold

Nachfolger : Ashbrook, Michael